

15./IX. 1915

Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Berlin.

N Berlin, 14. Septbr. (Priv.-Tel.) Heute fand im Berliner Rathaus eine Sitzung des Ausschusses für die Kriegsbeschädigten-Fürsorge statt, an der neben Vertretern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung auch Vertreter des Sanitätsamtes des Gardekorps, des Roten Kreuzes, der königliche Gewerbe- und Regierungsrat vom Polizeipräsidenten, die dirigierenden Ärzte der städtischen Krankenanstalten und weitere Sachverständige teilnahmen. Die Beratungen befaßten sich vornehmlich damit, die Berliner Lehrwerkstätten in weiterem Umfange für die Kriegsbeschädigten nutzbar zu machen. Die in Berlin vorhandenen Lehrwerkstätten, die für alle nur in Betracht kommenden Berufe eingerichtet sind, können mit ihren 500 freien Plätzen bei einmaligem wöchentlichen Unterricht 3000 Kriegsbeschädigten der Lazarette und Sammelstellen wegen ihrer vortrefflichen Einrichtungen, ihres sehr geeigneten Lehrpersonals und wegen ihrer Vielseitigkeit wertvolle Dienste leisten. Es sollen in diesen Lehrwerkstätten beschäftigt werden zunächst alle Kriegsbeschädigten, die nach dem Urteil des behandelnden Arztes zur Unterstützung des Heilverfahrens sich betätigen sollen, und sodann die dienstuntauglichen Kriegsbeschädigten zwecks Wiedergewöhnung an Arbeit, um das Vertrauen zu den verminderten eigenen Kräften zu stärken, zwecks Erlernung der Arbeit mit künstlichen Gliedmaßen und behufs Erlernung eines neuen Berufes. Man einigte sich auf folgende **Leit s ä t z e**:

1. Die Medizinalabteilung des Kriegsministeriums soll gebeten werden, alle in den Lazaretten und Sammelstellen befindlichen Kriegsbeschädigten zur Benutzung der Lehrwerkstätten aufzufordern.
2. Den Beschädigten sollen Freifahrtkarten für die Fahrten nach der Werkstatt bewilligt werden.
3. Die Kriegsbeschädigten sollen durch entsprechende Anhänge und Anschreiben in den Lazaretten auf die Werkstätten und Lehrkurse aufmerksam gemacht werden. — Es wurde schließlich eine Kommission gewählt, die sich mit der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums in Verbindung setzen soll.